Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch.

Von H. H. Von Mellent[hin]

Rußlands Gesamtmobilmachung drei Tage vor Vermittlungs-Depesche des Zaren an Kaiser. — Berliner Regierung aus einer Position nach der anderen hinaus manövriert. — Wien und Berlin auf verschiedenem Standpunkt. — Bethmann Hollweg will sich von Wien nicht ins Schlepptau nehmen lassen. — Direkte Unterhaltung zwischen Wien und Petersburg. — Englands plötzliche Demarche.—Deutschland proklamiert Kriegsgefahr Rußland gegenüber.

Am 31. Juli 1914 meldete der deutsche Botschafter in Petersburg an das Berliner Auswärtige Amt (Dokument 473 der Sammlung der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch") „Allgemeine Mobilisierung Armee und Flotte beschlossen. Erster Mobilmachungstag 31. Juli". Eine Depesche war in Petersburg 10.20 vormittags aufgegeben und 11.40 vormittags im Auswärtigen Amt zu Berlin eingetroffen und alsbald dem Generalstab, Kriegsministerium, Admiralstab und Reichsmarineamt mitgeteilt worden.

Am 29. Juli 1914 ist die russische Gesamtmobilmachung beschlossen, am Abend des 30. Juli befohlen, am Morgen des 31. Juli an allen Straßenecken Petersburgs angeschlagen worden. Die österreichisch-ungarische Gesamtmobilmachung ist am 31. Juli, mittags 12 Uhr 23 Minuten aus der Militärkanzlei des Monarchen im Kriegsministerium und beim Chef des Generalstabes eingelaufen und dann ausgegeben worden.

Damit war die Entscheidung gefallen und wurden die Verhandlungen, welche sich dann noch bis zum Augenblick des tatsächlichen Kriegsausbruchs hinzogen, und sich in diesen paar Tagen förmlich überstürzten, zur Spiegelfechterei.

Am 30. Juli hatte der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, dem Berliner Auswärtigen Amt gemeldet, der russische Auslandminister habe ihm im Verlauf einer langen Unterredung die Mitteilung gemacht, daß eine Rückgängigmachung der Mobilmachungsordnung nicht mehr möglich sei. Diesem Bericht des Botschafters hatte Kaiser Wilhelm folgende eigenhändige Randbemerkung hinzugefügt (Dokument No. 401.)

Wenn Mobilmachung nicht mehr rückgängig zu machen ist — was nicht wahr ist —, warum hat dann überhaupt der Zar meine Vermittlung 3 Tage nachher angerufen ohne die Erlassung des Mobilmachungsbefehles zu erwähnen?! Das zeigt doch klar, daß die Mobilmachung ihm selbst übereilt erschienen ist und er hinterher zur Beruhigung seines erwachten Gewissens pro Forma diesen Schritt bei uns tat, obwohl er wußte, daß er zu nichts mehr nutze sei, da er sich nicht stark genug fühlt, die Mobilisierung zu stoppen. Leichtsinn und Schwäche sollen die Welt in den furchtbarsten Krieg stürzen, der auf den Untergang Deutschlands schließlich abzielt. Denn das läßt jetzt für mich keinen Zweifel mehr zu: England, Rußland und Frankreich haben sich verabredet — unter zu Grunde Legung des casus foederis für uns Oesterreich gegenüber — den Oesterreichisch-Serb. Konflikt zum Vorwand nehmend gegen uns den Vernichtungskrieg zu führen. Daher Greys zynische Bemerkung an Lichnowsky „solange der Krieg auf Rußland und Oesterreich beschränkt bleibe, würde England still sitzen, erst wenn wir uns und Frankreich hineinmischten, würde er gezwungen sein aktiv gegen uns zu werden (*). D. h. entweder wir sollen unseren Bundesgenossen schnöde verraten und Rußland preisgeben — damit den Dreibund sprengen oder für unsere Bundestreue von der Tripel Entente gemeinsam überfallen und bestraft werden, wobei ihrem Neid endlich Befriedigung wird uns gemeinsam total zu ruinieren. Das ist in nuce die wahre nackte Situation, die langsam und sicher durch Edward VII. eingeleitet, fortgeführt, durch abgeleugnete Besprechungen Englands mit Paris und Petersburg, systematisch ausgebaut; schließlich durch Georg V. zum Abschluß gebracht und ins Werk gesetzt wird. Dabei wird uns die Dummheit und Ungeschicklichkeit unseres Verbündeten zum Fallstrick gemacht. Also die berühmte „Einkreisung" Deutschlands ist nun doch endlich zur vollsten Tatsache geworden, trotz aller Versuche unsrer Politiker und Diplomaten sie zu hindern. Das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zugezogen und hohnlächelnd hat England den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten pure antideutschen Weltpolitik, gegen die wir uns machtlos erwiesen haben, indem es uns isoliert im Netze zappelnd aus unserer Bundestreue zu Oesterreich den Strick zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem, der durch sie zu Grunde geht! Edward VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe! Und da hat es Leute gegeben (,) die geglaubt haben, man könnte England gewinnen oder beruhigen, durch diese oder jene kleinen Maßregeln!!! Unablässig, unnachgiebig hat es sein Ziel verfolgt, mit Noten, Feiertagsvorschlägen, scares, Haldane etc. bis es soweit war. Und wir sind ins Garn gelaufen und haben sogar das Einertempo im Schiffbau eingeführt in rührender Hoffnung England damit zu beruhigen!!! Alle Warnungen, alle Bitten meinerseits sind nutzlos verhallt. Jetzt kommt der Engl. sog. Dank dafür! Aus dem Dilemma der Bundestreue gegen den ehrwürdigen, alten Kaiser wird uns die Situation geschaffen, die England den erwünschten Vorwand gibt uns zu vernichten, mit dem heuchlerischen Schein des Rechtes, nämlich Frankreich zu helfen wegen Aufrechterhaltung der berüchtigten balance of Power in Europa, d. h. Ausspielung aller Europ. Staaten zu Englands Gunsten gegen uns! Jetzt muß dieses ganze Getriebe schonungslos aufgedeckt und ihm öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit in der Oeffentlichkeit schroff abgerissen werden und die pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden!! Und unsere Konsuln in Türkei und Indien, Agenten etc. müssen die ganze Mohammedanische Welt gegen dieses verhaßte, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen; denn wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren. W.

Ein Kriegswille des Kaisers wird sich aus diesen, in der Form schroffen, wie ein Verzweiflungsschrei klingenden und wie von maßloser, ja schwächlicher, innerer Erregung zeugenden Ausführungen kaum folgern lassen können. Die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" aus der Zeit vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung, also dem entscheidenden Schritt zum Kriege, ergeben denn auch, daß mit der Möglichkeit einer Vermittlung gerechnet worden ist. Sie ergeben aber auch, daß die deutsche Regierung aus einer Position nach der andern hinaus manövriert worden ist. Deutschland geriet in eine veritable Zwickmühle zwischen der Forderung der einen Seite, auf Oesterreich in der serbischen Frage einzuwirken, und dem Drängen Wiens, seinen Standpunkt des non possumus zu acceptieren. Wie in dem Artikel im vergangenen Sonntagsblatt der „N. Y. St.-Ztg." an dieser Stelle dargelegt, hatte es die Berliner Regierung übernommen, Oesterreich-Ungarn zu einer direkten Aussprache mit Petersburg zu veranlassen und damit ihrem bisher festgehaltenen Standpunkt, daß die serbische Frage keinen Dritten angehe, fallen gelassen. Wien aber hielt an diesem Standpunkt fest und war darum logischer. Von der Auffassung ausgehend, daß ein Nachgeben eine ungeheure Schwächung seiner Großmachtstellung zur Folge haben müßte, und in der Ueberzeugung, daß Rußland die Vernichtung des Habsburgerreichs beabsichtige und den Krieg unter allen Umständen wolle, hielt Oesterreich den Moment für die unausbleibliche Abrechnung für gekommen und insofern für günstig, als es auf den Beistand Deutschlands zählen konnte. Darum lehnte es die Anregung Berlins zu einem Versuch der direkten Verständigung mit Rußland, für welchen auch in Petersburg keine große Geneigtheit vorhanden war, zunächst ab.

Man sträubte sich in Berlin dagegen, von Wien „ins Schlepptau genommen" zu werden. Das wollte man nicht. Anknüpfend an den Rat, den er Berlin betreffs der Stellung zu Italien gegeben hat, und an die deutsche Vermittlungs-Demarche in Petrograd, schreibt, am 29. Juli, der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den deutschen Staatssekretär des Aeußern von Jagow:

„Ist nicht doch noch ein Telegramm nach Wien notwendig, in dem wir scharf erklären, daß wir die Art, wie Wien die Kompensations-Frage mit Rom behandelt, für absolut ungenügend ansehen und die Verantwortung, welche sich daraus für die Haltung Italiens in einem etwaigen Kriege ergibt, voll Wien zuschieben? Wenn am Vorabend einer möglichen europäischen Konflagration Wien in dieser Weise den Dreibund zu sprengen droht, gerät das gesamte Bündnis ins Wanken. Die Erklärung Wiens, daß es sich im Falle dauernder Besetzung serbischer Gebietsteile mit Italien benehmen werde, steht überdies im Gegensatz zu seinem in Petersburg bezüglich seines territorialen Desinteressements abgegebenen Erklärungen. Die in Rom abgegebenen Erklärungen werden mit Sicherheit in Petersburg bekannt. Eine Politik mit doppeltem Boden können wir als Bundesgenossen nicht unterstützen. Ich halte das für notwendig. Sonst können wir in Petersburg nicht weiter vermitteln und geraten gänzlich ins Schlepptau Wiens. Das will ich nicht, auch nicht auf die Gefahr, des Flaumachens beschuldigt zu werden. Falls kein Bedenken ihrerseits, bitte ich um schleunige Vorlegung eines entsprechenden Telegramms." (D. 340.)

In einer Depesche des deutschen Botschafters in London, Fürst Lichnowsky, vom 28. Juli (D. 301) an das Berliner Auswärtige Amt heißt es, Mitglieder der Londoner österreichischen Botschaft hätten in ihren Gesprächen mit den deutschen Kollegen niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es Oesterreich lediglich auf Niederwerfung Serbiens ankomme und die Note an Belgrad absichtlich so gefaßt worden wäre, daß sie abgelehnt werden müßte. Unter Hinweis auf diese Mitteilung telegraphiert der Reichskanzler, 29. Juli, dem deutschen Botschafter in Wien (D. 361):

„Diese Aeußerungen der österreichischen Diplomaten müssen als Reflexe neuerer Wünsche und Aspirationen erscheinen. Ich betrachte die Haltung der dortigen (Wiener) Regierung und ihr ungleichartiges Vorgehen bei den verschiedenen Regierungen mit wachsendem Befremden. In Petersburg erklärt sie territoriales Desinteressement, uns läßt sie ganz im Unklaren über ihr Programm, Rom speist sie mit nichtssagenden Redensarten über die Kompensationsfrage ab, in London verschenkt Graf Mensdorff (österr.-ung. Botschafter) Teile Serbiens an Bulgarien und Albanien und setzt sich in Gegensatz zu den feierlichen Erklärungen Wiens in Petersburg. Aus diesen Widersprüchen muß ich den Schluß ziehen, daß — — — die dortige Regierung sich mit Plänen trägt, deren Geheimhaltung vor uns sie für angezeigt hält, um sich auf alle Fälle der deutschen Unterstützung zu versichern und nicht durch offene Bekanntgabe einem eventuellen Refus auszusetzen."

Wien aber kam es sichtlich weniger darauf an, durch Vermittlung Deutschlands in direkte Unterhandlung mit Petersburg zu geraten, als darauf, daß Deutschland eine entschiedene Haltung den russischen Mobilmachungs-Maßnahmen gegenüber bekunde und selbst sogar Maßregeln treffe. So heißt es in einer Zuschrift der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin an das dortige Auswärtige Amt (29. Juli. D. 352) unter Hinweis auf Rußlands Mobilisierung:

„Obwohl Herr Sasonow ebenso wie der russische Kriegsminister unter Ehrenwort versichert hat, daß eine Mobilisierung in Rußland bisher nicht angeordnet wurde, trifft Rußland dennoch nach übereinstimmenden Nachrichten aus Petersburg, Kiew, Warschau, Moskau und Odessa umfangreiche Vorbereitungen. Auch hat der russische Kriegsminister dem k. deutschen Militär-Attaché gegenüber bemerkt, daß die gegen Oesterreich-Ungarn gelegenen Militärbezirke (Kiew, Odessa, Moskau und Kasan) in dem Falle mobilisiert werden würden, als unsere Truppen die serbische Grenze überschritten. Der Chef des k. u. k. Generalstabes hält es für unbedingt geboten, ohne Verzug Klarheit darüber zu gewinnen, ob wir mit unseren ganzen Kräften gegen Serbien marschieren können oder unsere Hauptmacht gegen Rußland zu verwenden haben werden. Wenn Rußland die erwähnten militärischen Bezirke tatsächlich mobilisiert, wäre es unerläßlich (schon mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Zeitgewinns für Rußland, daß sowohl Oesterreich-Ungarn als der ganzen Situation nach auch Deutschland sofortige weitgehende Gegenmaßregeln ergreifen. Baron Conrads (damaliger k. u. k. Generalstabschef) Ansicht erscheint Grafen Berchtold höchst beachtenswert, und derselbe glaubt daher, das Berliner Kabinett dringend ersuchen zu müssen, dem Gedanken näher zu treten, ob nicht Rußland in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht werden sollte, daß die Mobilisierung obiger Bezirke einer Drohung gleichkomme und, falls sie zur Tat werden sollte, seitens der Monarchie als vom verbündeten Deutschen Reich notwendiger Weise militärische Gegenmaßregeln herausforderte."

Wie aus zahlreichen Berichten des deutschen Botschafters in Petersburg, welche in der vorliegenden Dokumenten-Sammlung Aufnahme gefunden haben, hervorgeht, ist dort seitens der deutschen Regierung immer wieder auf die, durch die russischen Mobilmachungs-Maßregeln heraufbeschworene Gefahr aufmerksam gemacht worden. Zugleich hielt indessen Berlin Wien gegenüber an der Idee einer direkten Besprechung zwischen Wien und Petersburg fest. Oesterreich wurde gedrängt, den Vorschlag anzunehmen (D. 395), Ablehnung würde ein schwerer Fall sein. Deutschland sei zwar bereit, seine Bündnispflicht zu erfüllen, müßte es aber ablehnen, sich von Wien leichtfertig und ohne Beachtung seiner Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. (D. 396.)

In einer telegraphischen Instruktion des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Wien wird ein äußerst entschiedener Ton angeschlagen: Es heißt da (D. 441):

„Wenn Wien ... jedes Einlenken auf den letzten Grey'schen Vorschlag (direkte Besprechung zwischen Wien und Petersburg) ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an der ausbrechenden europäischen Konflagration zuzuschreiben. S. M. hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien übernommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unwiderleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. Das Gelingen dieser Intervention ist allerdings erschwert dadurch, daß Rußland gegen Oesterreich mobilisiert hat. Das haben wir heute England (D. 409) mit dem Hinzufügen mitgeteilt, daß wir eine Aufhaltung der russischen und französischen Kriegsmaßnahmen in Petersburg und Paris bereits in freundlicher Weise angeregt hätten, einen neuen Schritt in dieser Richtung also nur durch ein Ultimatum tun könnten, das den Krieg bedeuten würde. Wir haben deshalb Sir Edward Grey nahegelegt, seinerseits nachdrücklich in diesem Sinne in Paris und Petersburg zu wirken, und erhalten soeben seine entsprechende Zusicherung durch Lichnowsky (D. 435). Glücken England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, in den wir hineingezogen sind, während Rußland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation. Wir können deshalb nur dringend empfehlen, daß Oesterreich den Grey'schen Vorschlag annimmt, der seine Position in jeder Beziehung wahrt. Ew. Exzellenz wollen sich sofort nachdrücklichst in diesem Sinne Graf Berchtold, eventuell auch Graf Tisza, gegenüber äußern."

Rußland erschwerte die direkte Aussprache dadurch, daß es nicht nur Sicherheit für die territoriale Integrität Serbiens forderte, sondern die weitergehende Bedingung stellte, Garantien dafür von Oesterreich-Ungarn zu erhalten, daß „Serbien nicht durch Annahme der seine Souveränität anlastenden Forderungen zum Vasallenstaat Oesterreichs hinabsinke". In der betreffenden Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter in Petersburg und Sasonow, Deutschland allein könne die Oesterreicher noch aufhalten, S. M. brauche nur ein Wort in Wien zu sagen, man werde auf ihn hören. Vom Grafen Pourtalès darauf aufmerksam gemacht, daß S. M. es an guten Ratschlägen in Wien nicht fehlen lasse, entgegnete der russische Auslandminister schroff: „Das kann uns nicht genügen." (D. 418.)

Wien gab dem deutschen Drängen nach. Zunächst mit einer Instruktion, am 30. Juli, an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg, mit Sasonow eine Aussprache herbeizuführen (D. 425). Am gleichen Tage, nachmittags (D. 433), meldet der deutsche Botschafter in Wien dem Berliner Auswärtigen Amt, Berchtold habe gebeten, Nachstehendes mitzuteilen: „Infolge unserer mit Dank aufgenommenen gestrigen Anregung (D. 223 und 377) ist an Graf Szápáry (k. u. k. Botschafter in Petersburg) Instruktion ergangen, Konversation mit Herrn Sasonow zu beginnen."

Diese Depesche des Grafen Tschirschky aus Wien wurde von Kaiser Wilhelm mit der Randbemerkung versehen: „Jetzt erst!" Sie war in Wien 2.30 nachmittags aufgegeben und im Auswärtigen Amt, Berlin, 5.25 nachmittags eingetroffen.

Den nächsten Morgen war an allen Straßen Petersburgs der Befehl zur Gesamtmobilmachung angeschlagen.

*

Man wird diesen Zeitpunkt der Anordnung der russischen Generalmobilmachung auch der Demarche, welche England („jetzt erst!") vornahm, gegenüber im Auge behalten müssen.

Die erste Andeutung einer solchen Demarche ist in einer Depesche des deutschen Botschafters in London vom 30. Juli an das Berliner Auswärtige Amt (D. 368 und 395) enthalten. Diesem Bericht zufolge hat Grey dem Botschafter mitgeteilt, ihm persönlich schiene eine geeignete Grundlage für eine Vermittlung zwischen Wien und Petrograd, daß Oesterreich etwa nach einer Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe. Das heißt, daß man sich in London mit einer vorhergehenden militärischen Okkupation der serbischen Hauptstadt vertraut gemacht hatte.

Am 30. Juli traf folgende Depesche des Königs Georg von England an Prinz Heinrich von Preußen in Berlin ein (D. 452):

Dank für Dein Telegramm. So erfreut, von Wilhelms Bemühungen zu hören, sich mit Nicky über die Erhaltung des Friedens zu verständigen. Ich habe fürwahr den ernsten Wunsch, daß so ein nicht wieder gutzumachendes Unheil wie ein europäischer Krieg abgewendet werde. Meine Regierung tut das Aeußerste, um Rußland und Frankreich nahezulegen, weitere militärische Vorbereitungen aufzuschieben, falls Oesterreich einwilligt, sich mit der Besetzung von Belgrad und angrenzendem Gebiet als Pfand für eine zufriedenstellende Regelung seiner Forderungen zu begnügen; während inzwischen die anderen Länder ihre Kriegsvorbereitungen einstellen. Ich vertraue darauf, daß Wilhelm seinen großen Einfluß aufbieten wird, um Oesterreich zu veranlassen, diesen Vorschlag anzunehmen, und um zu beweisen, daß Deutschland und England zusammenarbeiten, um zu verhindern, was eine internationale Katastrophe sein würde. Bitte, versichere Wilhelm, daß ich alles tue und weiterhin alles tun werde, was in meiner Macht steht, um den europäischen Frieden zu erhalten.

Diese Depesche des Königs von England ist in London am 30. Juli um 8.54 abends aufgegeben und im Berliner Haupttelegraphenamt um 11.8 nachts aufgenommen. Dem Kaiser lag außerdem noch eine von Prinz Heinrich persönlich am 31. Juli beglaubigte Abschrift des Telegramms vor; auf dieser Abschrift der Randvermerk des Kaisers: „30. VII. 14, 11.30 N. M. (Zusatznote zum Dokument 452.)

Die Drähte zwischen Berlin, Wien, London, Petersburg liefen heiß. Der deutsche Botschafter in Paris fragte am 30. Juli (Depesche aufgegeben 8.47 nachmittags, im Auswärtigen Amt in Berlin angekommen 12 mitternacht) an, ob es ratsam sei, daß die Deutschen Paris verließen (D. 455), und erhielt, aber erst am 31. Juli (Depesche des Staatssekretärs von Jagow im Berliner Haupttelegraphenamt abgegeben 1.30 nachts) den Bescheid: „Abreise Deutscher ratsam." (D. 461.)

Der deutsche Botschafter in Rom telegraphierte (Depesche aufgegeben in Rom 30. Juli, 9.30 abends, im Auswärtigen Amt, Berlin, eingetroffen 31. Juli 12.52 nachts), Marquis di San Giuliano (der italienische Auslandminister) habe ihm gesagt, er sei überzeugt, daß England am Kriege teilnehmen werde. (D. 458.)

Der deutsche Botschafter in London meldet (Depesche aufgegeben in London 30. Juli 9.56 abends, angekommen im Auswärtigen Amt Berlin 31. Juli, 12.52 nachts), daß die Londoner Regierung folgendes Telegramm an den britischen Botschafter in Petersburg gesandt habe. (D. 460.)

Telegramm an Sir G. Buchanan, Petersburg.

Deutscher Botschafter teilt mir mit, daß deutsche Regierung sich bemühen würde, Oesterreich zu beeinflussen, daß es nach der Besetzung von Belgrad und serbischem Grenzgebiet verspricht, nicht weiter vorzurücken, während Mächte sich bemühen zu erreichen, daß Serbien hinreichende Genugtuung gibt, um Oesterreich zu beruhigen. Besetztes Gebiet würde natürlich geräumt werden, wenn Oesterreich befriedigt ist. Ich schlug das gestern als mögliche Erleichterung der Lage vor, und falls es erreicht werden kann, hoffe ich fest, daß man übereinkommt, weitere militärische Vorbereitungen auf allen Seiten einzustellen. Der russische Botschafter sprach mir von Bedingung, die Sasonow gestellt, wie in Ihrem Telegramm No. 155 angeführt, und fürchtet, sie könne nicht abgeändert werden, aber, wenn der österreichische Vormarsch nach der Einnahme von Belgrad zum Stehen kommt, denke ich, die Formel des russischen Ministers des Auswärtigen könnte dahin geändert werden, daß sie lautet, die Mächte würden prüfen, wie Serbien ohne Beeinträchtigung seiner Hoheitsrechte oder seiner Unabhängigkeit Oesterreich volle Genugtuung geben könnte.

Wenn Oesterreich nach Besetzung von Belgrad und angrenzendem serbischen Gebiet sich bereit erklärt, im Interesse des europäischen Friedens seinen Vormarsch einzustellen und zu erörtern, wie eine vollständige Regelung erzielt werden kann, hoffe ich, daß Rußland sich auch zu einer Erörterung und zur Einstellung weiterer militärischer Vorbereitungen bereit erklären wird, vorausgesetzt, daß andere Mächte das Gleiche tun.

Selbst eine Frauenstimme ließ sich vernehmen. Die Fürstin Pleß telegraphierte am 31 Juli aus London an den Deutschen Kaiser: (D. 470.)

„Belgrad ist gefallen, Serbien bestraft, veranlassen Sie jetzt Oesterreich einzulenken, damit der Frieden Europas gesichert ist. Nur Ew. M. können dies bewirken und Rußland zurückhalten, sonst fürchte ich unter diesen Umständen für Deutschland: Gott sei mit Ew. M. jetzt und immerdar. — Daisy."

Der deutsche Botschafter in Wien hat mit dem Grafen Berchtold am 30. Juli vormittags eine eingehende Besprechung gehabt. (D. 465.) In der telegraphischen Mitteilung des Botschafters an das Berliner Auswärtige Amt (datiert vom 30. Juli, aufgegeben in Wien, 31. Juli 1.35 nachts, angekommen im Auswärtigen Amt 4.35 morgens), heißt es, er (der Botschafter) habe die Aufmerksamkeit des Ministers noch besonders darauf hingewiesen, daß die berechtigten Ansprüche Oesterreich-Ungarns durch eine Züchtigung Serbiens und Garantieschaffung für dessen Wohlverhalten durch Annahme des Vermittlungsvorschlags voll gewahrt schienen und damit der von der Monarchie von Anfang an erklärte Zweck der ganzen Aktion gegen Serbien ohne Entfesselung des Weltkriegs erreicht werden würde. Unter diesen Umständen erschiene eine völlige Ablehnung der Vermittlung ausgeschlossen. Der Waffenehre werde durch Besetzung serbischen Gebiets durch österreichisch-ungarische Truppen Genüge geleistet. Daß die militärische Besetzung serbischen Gebiets unter ausdrücklicher Zustimmung Rußlands geschehen solle, bedeute unstreitig eine wertvolle Stärkung des österreichischen Einflusses Rußland gegenüber und am Balkan. Der Schluß dieser Depesche des deutschen Botschafters lautet: „Conrad von Hötzendorff sollte heute abend dem Kaiser die Order für allgemeine Mobilmachung als Antwort auf die russischerseits bereits getroffenen Maßnahmen unterbreiten. Man war sich darüber nicht im Klaren, ob bei jetziger Sachlage die Mobilisierung noch geboten wäre."

Diese Klarheit wurde schnell geschaffen. Während die Drähte heiß liefen, wurde in Petersburg kaltblütig die Gesamtmobilmachung und damit der Krieg beschlossen. Die englische Demarche war zu spät gekommen.

Die russische Generalmobilmachung war bereits am 29. Juli beschlossen, am Abend des 30. Juli befohlen und wurde am Morgen des 31. Juli an allen Straßenecken Petersburgs angeschlagen.

Die österreichisch-ungarische Gesamtmobilmachung ist am Nachmittag des 31. Juli verfügt worden.

Am 31. Juli richtete Kaiser Wilhelm an den König von England folgende Depesche (D. 477):

„Neues Palais, 31 Juli 1914.
„S. M. dem König, Buckingham Palace, London.

„Vielen Dank für freundliches Telegramm. Deine Vorschläge decken sich mit meinen Gedanken und mit den Nachrichten, die ich heute von Wien erhielt und die ich nach London habe weitergehen lassen. Gerade erhielt ich Nachricht vom Kanzler, es sei ihm soeben die offizielle Mitteilung zugegangen, daß Nicky heute nacht die Mobilmachung seiner gesamten Armee und Flotte angeordnet hat. Er hat nicht einmal die Ergebnisse der Vermittlung abgewartet, an der ich arbeite, und mich ohne jede Nachricht gelassen. Ich fahre nach Berlin, um Maßnahmen für die Sicherheit meiner östlichen Grenzen zu treffen, wo schon starke russische Truppen Aufstellung genommen haben.

„Willy."

In Deutschland ist am Nachmittag des 31. Juli die drohende Kriegsgefahr mit voraussichtlicher Mobilmachung binnen 48 Stunden verfügt worden.

Die russische Generalmobilmachung war der unvermeidliche Krieg.

(Ein Schlußartikel folgt.)

— Heitere Weisheit war dem Sophokles treu geblieben und hatte ihn gelehrt, nichts seinem Herzen teuer werden zu lassen und dem Ernste des Lebens nicht allzu große Gewalt über sein Gemüt zu verstatten.

Die Bedeutung der Seefischerei für die deutsche Volksernährung

Von Dr. Ludwig Staby.

Unter allen Mitteln, den Notstand des deutschen Volkes zu heben, steht die Seefischerei in allererster Linie, denn sie ist dazu berufen, das auch nach Beendigung des unglücklichen Krieges noch lange Jahre mangelnde Fleisch zu ersetzen und die Seefische zu einem noch viel umfassenderen und verbreiteteren Nahrungsmittel zu machen als früher. Der Seefisch wird in Deutschland noch lange nicht in dem Maße gewürdigt, wie er es verdient und wie es in anderen Ländern der Fall ist; verbraucht doch z. B. die Stadt London allein fast ebenso viel Seeprodukte wie ganz Deutschland. Leider ist bei den Deutschen die Kenntnis von dem unermeßlichen Reichtum des Meeres nur in sehr kleinen Kreisen verbreitet, im Binnenlande fast gar nicht, so daß die große Masse der Bevölkerung dieser Frage ziemlich gleichgültig gegenüber steht. Aber die Tatsache muß doch jedermann zu denken geben, daß das beste Ackerland Deutschlands auch nicht im entferntesten an den Ertrag der gleichen Fläche See heranreicht, denn die reichsten Felder Deutschlands sind weniger fruchtbar an Nahrungsstoffen, als die Fischereigründe der Nordsee. Ein Morgen besten Bodens liefert etwa 20 Zentner Getreide jährlich oder 3 Zentner Fleisch und Käse. Aus einer ebenso großen Wasserfläche mit Fischereigrund kann man dieselbe Menge von Nahrungsstoffen in jeder Woche schöpfen. Fünf Fischerboote ernteten in einer einzigen Nacht aus einer kaum 50 Morgen großen Fläche der Nordsee den Wert von 50 Ochsen und 300 Schafen in Form von leicht verdaulichen und schmackhaften Fischen.

Hieraus geht ohne weiteres der ungeheure Reichtum des Meeres an Nahrungsstoffen hervor, wurde doch der gesamte Ertrag der Seefischerei aller Länder der Erde für das Jahr 1913 auf 2½ Milliarden Mark berechnet. Von dieser großen Summe brachte die Seefischerei Nordamerikas mit Einschluß Kanadas den bei weitem größten Teil, nämlich 730 Millionen Mark. In weitem Abstand folgt ihm erst England mit 280 Millionen Mark, dann Rußland und Japan mit je 200 Millionen, Frankreich mit 140, Skandinavien mit 100 und Deutschland mit 51 Millionen Mark. Der Anteil Deutschlands erscheint hier gering, aber wir müssen in Betracht ziehen, daß die deutsche Hochseefischerei noch ziemlich jungen Datums war, sie befand sich aber in einer mächtigen Entwicklung, was am besten dadurch erwiesen wird, daß noch im Jahre 1908 ihr Gesamtertrag sich auf 30 Millionen Mark belief. In kurzen fünf Jahren hatte also der Ertrag um über 65 Prozent zugenommen und war bis zum Kriege noch in steiliger, stark wachsender Steigerung begriffen. Im Jahre 1886 hatte die deutsche Hochseefischerei einen einzigen Dampfer von 250 Raummetern, außerdem 376 Segelschiffe mit 30,000 Raummetern. Im Jahre 1905 verfügte die deutsche Hochseefischerei aber schon über 130 Dampfer mit 60,000 Raummeter Tonnage und über 450 Segelschiffe mit 50,000 Raummetern. In noch nicht 20 Jahren hatte die Dampferflotte also die gesamten Segelschiffe bei weitem überflügelt, und sie wuchs noch fortwährend bis zum Jahre 1914. Durch die Fortschritte in der Ausrüstung der Fanggeräte, in der Konservierungsmethode, dann auch durch die Ersparnis von Mannschaften, raschen Transport der Ware ist der Fischdampfer dem Segelschiff ganz außerordentlich überlegen. Seine Rentabilität ist also viel größer, und daher wird die Hochseefischerei schließlich vollständig zur Großindustrie werden müssen.

Trotz dieser großen Fortschritte in der Hochseefischerei konnte der Bedarf Deutschlands an Seefischen durch die heimische Fischerei nicht im entferntesten gedeckt werden, denn im Jahre 1913 wurden in Deutschland für 178 Millionen Mark Seefische verzehrt. Hiervon lieferte die deutsche Seefischerei noch nicht den dritten Teil, nämlich nur für 51 Millionen Mark, während für 120 Millionen Mark Seefische aus England, Skandinavien und Holland eingeführt wurden. Während des Krieges trat bekanntlich durch die feindliche Blockade ein solcher Mangel an Seefischen ein, daß sie nur als Seltenheiten zu hohen Preisen zu haben waren. Die großen Fischgründe im Skagerrak und vor Island waren den Deutschen verschlossen, und nur in den Küstengewässern konnte unter dem Schutze der Kriegsflotte die Fischerei in beschränktem Umfange aufrecht erhalten werden. farbige Haarsäume ausgezeichnet.

Trotzdem hat die deutsche Seefischerei in der schweren Kriegszeit nach Möglichkeit ihre Pflicht erfüllt, denn es wurden im Jahre 1917 von deutschen Fischern gefangen: in der Ostsee 400,000 Zentner frische Fische und 200,000 Zentner Heringe und Sprotten, in der Nordsee 280,000 Zentner frische Fische und 20,000 Zentner Heringe und Sprotten. Das scheinen immerhin noch recht hohe Zahlen zu sein, sie sind aber in Wirklichkeit nur klein gegenüber dem enormen Verbrauch, den eine Bevölkerung von über 60 Millionen gerade in den Zeiten der Fleischknappheit benötigte.

Hatten die Deutschen also schon vor dem Kriege für 120 Millionen Mark Fische aus dem Auslande eingeführt, so würde diese Menge bei dem jetzigen Stande der deutschen Valuta mindestens eine Milliarde an Wert darstellen. Um diese gewaltige Summe dem Inland zu erhalten, ist ein Einsetzen aller verfügbaren Mittel und Kräfte für die zukünftige Hochseefischerei Deutschlands durchaus nötig, denn dadurch wird nicht nur das deutsche Nationalvermögen erhöht, sondern vor allen Dingen wird dem deutschen Volke eine Menge bester und nahrhafter Lebensmittel zugeführt, die sie für die kommenden mageren Jahre durchaus nötig haben. Dazu ist es aber erforderlich, daß die Kenntnis von dem den Deutschen offenstehenden Reichtum des Meeres in immer weitere Kreise der Bevölkerung dringe. Jedermann, auch im Binnenlande, muß den Wert der Seefische erkennen lernen und mit seinen Kräften dazu beitragen, daß die Hochseefischerei Deutschlands in den Stand gesetzt werde, ihre äußerst wichtige, für die Wohlfahrt des deutschen Volkes unbedingt notwendige Aufgabe zu erfüllen.

Wenn England auch das Meer beherrscht, die Fischerei ist außer in den Hoheitsgewässern der Küste auf dem ganzen Weltenmeere für jedermann frei. Es ist eine gebieterische Forderung der deutschen Volksernährung, daß sie anstatt der Kriegsschiffe, die sie früher bauten, von Staatswegen jetzt Fangschiffe in möglichst großer Zahl auf Stapel legen, denn leider sind den Deutschen ja die meisten Fischdampfer genommen worden. So schnell und so viel als möglich müssen Fischdampfer ausgerüstet werden, damit sie in noch viel größerer Zahl als früher hinausziehen in die weiten Fischgründe der See und Deutschland mit schmackhafter und guter Nahrung, dem besten Ersatz des noch lange fehlenden Rind- und Schweinefleisches, versorgen. Die deutschen Fangschiffe müssen Fische, Robben und Wale aus dem Ozean holen, damit sie auch in dieser Hinsicht immer unabhängiger von der Zufuhr aus anderen Ländern werden. Dadurch tragen sie nicht nur zur Hebung des Nationalvermögens, sondern besonders zur ausreichenden Ernährung des Volkes in bedeutendem Maße bei, und das herbeizuführen, ist die erste Pflicht der deutschen Regierung sowohl wie des gesamten deutschen Volkes.

In der heutigen Zeit, da die Tanzwut die ganze Welt zu haben scheint, wird es interessieren, daß es auch tanzende Spinnen gibt. Zwar tanzen die Spinnen nicht immer, sondern nur zu bestimmter Zeit, oder zur Fortpflanzungszeit, und es tanzen nicht alle Spinnen, sondern nur die Männchen, und die Weibchen sehen ihnen zu. Der Tanz der Spinnen unterscheidet sich also wesentlich von dem Tanz der modernen Kulturmenschheit, ähnelt dagegen dem Tanz vieler wilder Völkerschaften, und vor allem dem als „Balz" bekannten Tanz der Vögel. Wie bei ihnen steht er deutlich in Zusammenhang mit der Fortpflanzung und scheint dazu zu dienen, die Weibchen zu erregen und willfährig zu machen. So findet er sich denn auch nicht bei allen Spinnen, sondern nur bei den gutsehenden, den durch besonders große Augen ausgezeichneten Springspinnen, während bei den schlechtsehenden eine Vergewaltigung der Weibchen beobachtet wird. Daß bei den Weibchen der Springspinnen die Tänze der Männchen wirklich durch das Gesicht wirken, wurde dadurch festgestellt, daß sie bei den weiblichen Tieren, deren Augen mit einer Lackschicht bedeckt wurden, versagten.

Eine neue Errungenschaft deutschen Geistes.

Das gelöste Fermatproblem.

Man erinnert sich noch, welches Aufsehen es machte, als — es war im Jahre 1908 — bekannt wurde, daß der Professor der Mathematik Wolfskehl in Darmstadt in seinem Testament einen Preis von 100,000 Mark für die Lösung des Fermatproblems ausgesetzt habe. Man erfuhr dabei, daß es sich um eine rein mathematische Aufgabe handelte. Es sollte bewiesen werden, daß die Dreipotenzengleichung $x^n + y^n = z^n$ nur für den Fall $n = 2$ in ganzen Zahlen lösbar sei. Für die Gleichung $x^2 + y^2 = z^2$ war dies längst bekannt. Schon der alte indische Mathematiker Brahmagupta, der im sechsten Jahrhundert unserer Zeitrechnung lebte, hatte eine Methode angegeben, nach der man solche Zahlengruppen wie 3, 4, 5 oder 5, 12, 13 in beliebiger Anzahl berechnen kann; nur daß für die anderen Potenzen eine solche Lösung nicht möglich sei, war bisher nicht nachgewiesen worden. Zwar hatte Fermat, ein bedeutender französischer Mathematiker, der in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts lebte, in einer Randbemerkung behauptet, er habe den Beweis, aber es fehle ihm an Platz, ihn hier mitzuteilen. Da ihn aber auch Fermat nirgends sonst entwickelt hat, so muß man wohl annehmen, daß er sich geirrt hat. Nachher haben sich nun die größten Mathematiker mit der Lösung des Problems beschäftigt, aber ohne zum Ziel zu gelangen. So hat im vergangenen Jahrhundert der Berliner Mathematiker, Professor Kummer die Unmöglichkeit der Gleichung für ganze Zahlenwerte unter Hundert nachgewiesen, wofür ihm von der französischen Akademie der Voltapreis in Höhe von 50,000 Francs gewährt wurde. Auch Herr Wolfskehl war ein Freund dieser Studien, der sich mit dem Fermatproblem eingehend beschäftigte. Um den Bemühungen für die Lösung der Aufgabe einen neuen Anreiz zu geben, setzte er, wohlhabend wie er war, einen Preis von 100,000 Mark aus.

Kein äußerlich erreichte er seinen Zweck. Bei der Akademie in Göttingen, die als Preisrichterin eingesetzt war, liefen im Laufe der nächsten Jahre hunderte, ja tausende von Lösungen ein, eine sogar aus dem Zuchthause. Leider waren aber die meisten völlig unbrauchbar, und auch die wenigen Tüchtigen erreichten das Ziel nicht. So stand die Sache, als im Jahre 1913 Eugen Dühring in der von ihm geleiteten Monatsschrift „Der Personalist" erklärte, er und sein Sohn hätten die Lösung gefunden. Die beiden Dührings sind als ganz hervorragende Forscher auf dem Gebiete der Mathematik längst bekannt. In ihren ausgezeichneten Werken haben sie nicht blos über die Grundlagen der Wissenschaft neues Licht verbreitet, sondern sie haben auch der Forschung neue Mittel an die Hand gegeben und ihr bisher unbekannte Wege gezeigt. Um die Lösung des Fermatproblems hatten sie sich nur im Interesse der Sache selbst bemüht. Sie wollten sich auch jetzt nicht um den Preis bewerben, weil Dühring seit seiner Remotion von der Berliner Universität zu der gelehrten Professorenwelt in einen schroffen Gegensatz gekommen war. Aber auch eine Veröffentlichung ihrer Lösung lehnten sie ab, weil sie besorgten, daß ein Nachempfinder diese benutzen würde, um sich damit den Preis zu holen. Sie haben gerade auf dem Gebiete so schlimme Erfahrungen gemacht, daß man ihre Zurückhaltung verstehen kann. Inzwischen legen sie diesen Gründen ein so großes Gewicht nicht mehr bei und haben sich nun doch zur Veröffentlichung entschlossen. Sie befindet sich in der letzten Januarnummer des „Personalist".

Es ist hier nicht der Ort, näher auf die Lösung einzugehen, es sei nur erwähnt, daß sie den zahlentheoretischen Weg, auf dem man bisher zur Lösung gelangen wollte, verlassen und mit Hilfe algebraischer Rechnungen ihr Ziel erreicht haben. Die beiden Dühring haben dabei Methoden angewandt, die überraschend einfach und doch sehr weittragend sind.

Eugen Dühring ist am letzten 12. Januar 87 Jahre alt geworden. Erwägt man, daß er in einem so hohen Alter und bei völliger Erblindung noch mit ungeschwächter Kraft den „Personalist" redigiert, so wird man zugeben müssen, daß dies ein Beweis von erstaunlicher Leistungsfähigkeit ist. Mit seiner Lösung des Fermatproblems hat Eugen Dühring den Deutschen noch ein Geschenk von ganz besonderem Werte gemacht. Deutschlands Feinde wollen es auch auf wissenschaftlichem Gebiete boykottieren. Sie sehen hier, daß deutsche Gelehrte ein Werk vollbracht haben, das zu vollenden die erleuchteten Mathematiker seit Jahrhunderten vergebens bemüht waren. Sie werden daran erkennen, daß ihr Beginnen töricht ist und ihnen selbst mehr schadet als den Deutschen.

Eine Beichttaxe.

Am 3. Mai 1743 wurde in Weimar vom damaligen Herzoge eine „Beichttaxe" erlassen in der Absicht, die „zu weitgehenden Ansprüche der Hochwürdigen und Wohlehrwürdigen Seelenhirten gebührend zu beschränken." Wir sehen in der Verordnung gewisse Seiten des damaligen großen Weltlebens und Kastenwesens. Die Taxe verordnet, daß zu zahlen haben: die Minister und Geheimen Räte jährlich für sich, Familie und Gesinde 6 Thlr., die Kavaliers, Hof-, Kammer- und Konsistorialräte, Assessores, Professores, ingleichen die Stabs-Offiziers, Rittmeister, Hauptleute, Hof-Dames, die vom Adel auf dem Lande und Freysassen 4 Thlr., die Subalterne bei denen Collegiis, Hof-Offizianten, Beamten, Doctores, Licentiaten, Advokaten, Baumeister, Stadträte und Schulkollegia in größeren Städten, ingleichen Lieutenants, Fähnrichs und Cornets 2 Thlr., Hoffrauenzimmer, Pagen, Trompeter, Köche und sämtliche Jagdbeamte 1 Thlr., Unteroffiziers, Laquais, Heyducken und Husaren 12 Gr., Reutknechte, Kutscher und andere geringe Bedienie, ingleichen die Wartefrauen und Mägde bei Hofe 8 Gr., gemeine Soldaten 6 Gr., die Kauff- und Handelsleute 1 Thlr. 12 Gr., die wohlhabenden Bürger 1 Thlr., die mittelmäßigen Bürger 12 Gr., die geringen Bürger und Tagelöhner 6 Gr., die Stadträte und Schulkollegia in kleinen Städten 16 Gr., ein bemittelter Bauersmann 16 Gr., halbbemittelte 8 Gr., der geringe 4 Gr., die Witwen und Waysen die Hälfte von dem Quanto, welches auf den Charakter des Mannes oder Vaters geleget ist.

— R. D. Holloway, Präsident der Vassar Abbott Comp. in Newport News, Va., der in Verbindung mit der Insolvenz der Colonial State Bank verhaftet worden war, erschoß sich gestern, nachdem er unter Bürgschaft in Freiheit gesetzt worden war. Er hat seine Lebensversicherung im Betrage von 79,000 Dollars der Bank überschrieben.